

**Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung**

Band 86

Währung als Instrument zur Einheitsbildung

Herausgegeben von

Spiridon Paraskewopoulos



Duncker & Humblot · Berlin

Währung als Instrument zur Einheitsbildung

**Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung**

Band 86

Währung als Instrument zur Einheitsbildung

Herausgegeben von
Spiridon Paraskewopoulos



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 3-428-11141-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Vorwort

Die Geschichte der Währungen zeigt, dass sie immer mehr waren als nur ein Tausch- und Zahlungsmittel. Sie waren und sind immer auch ein Stück Identität und ein Gradmesser politischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt sozialer Stabilität. Das gerade abgelaufene fünfzigjährige Leben der DM bestätigt diese Aussage in einer, wie ich meine, besonders eindrucksvollen Weise.

Der mittlerweile fast vier Jahre alte EURO hatte am 01.01.02 seinen ersten öffentlichen Auftritt als bares Transaktionsmittel und ist sofort auszeichnungswürdig geworden. Er wurde nämlich mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen 2002 ausgezeichnet. Der Internationale Karlspreis gehört zu den bedeutendsten europäischen Auszeichnungen und wird seit 1950 an Persönlichkeiten und Institutionen verliehen, die sich um die Einigung Europas verdient gemacht haben. Diese Auszeichnung erhält der EURO für seine vereinigende Rolle in Europa und noch konkreter für seinen Beitrag zum Zusammenwachsen der Völker Europas. Der EURO trägt zu einer gemeinsamen europäischen Identität bei, stabilisiert die Gemeinschaft und hat damit eine friedensstiftende Wirkung. Der EURO unterstützt die zukünftige gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik und bildet die Basis für eine europäische Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik. So jedenfalls lautet denn auch die Begründung des Sprechers des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen. Diese optimistische Erwartung über die zukünftige Rolle der gemeinsamen europäischen Währung resultiert meines Erachtens aus der Tatsache, dass der Prozess der europäischen Integration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Erfolgsgeschichte ist. Der europäische Integrationsprozess hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Kalte Krieg und die Teilung Deutschlands und damit Europas überwunden wurden.

Heute stehen wir kurz davor, trotz aller Probleme, die noch zu lösen sind, dass die Europäische Union fast den ganzen europäischen Kontinent umfassen wird. Erfolge werden aber oft zu Routine und machen manchmal müde. Dies scheint gegenwärtig ein wenig sichtbar bei den Europäern zu werden. Denn obwohl die Zustimmung der europäischen Bevölkerung zur europäischen Einigung nach wie vor groß ist, so scheint sie doch momentan abnehmend zu sein. Vermutlich empfinden die Menschen den europäischen Alltag nicht als ihre eigene Sache. Der Mangel an Transparenz, Effizienz und demokratischer Legitimation werden als Ursachen für die Verlangsamung des europäischen Einigungsprozesses vorgebracht. Reformen der alten und Kreierung von neuen In-

stitutionen sollen Innovationen und eine beschleunigende Dynamik des europäischen Integrationsprozesses bringen. Ist die Währungsunion eine solche Innovation? Die Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD) vom März 2002 im Roten Rathaus zu Berlin stellt den Versuch dar, darauf eine kompetente Antwort zu geben.

Gemäß diesen Anspruchs kann es sich bei den einzelnen Beiträgen natürlich „nur“ um ausgewählte Teilbereiche des währungspolitischen Integrationsprozesses Europas handeln. Die Bedeutung der Währungsunion speziell für den deutschen Einigungsprozess beleuchtet aus ökonomischer Sicht der Beitrag von H. J. Thieme, sowie aus politischer und soziologischer Sicht derjenige von H. Brezinski. Den Blick auf den historisch bisher einmaligen Fall der Wiedervereinigung Deutschlands im Zusammenhang mit dem Integrationsprozess Europas erachte ich als überaus wertvoll, weshalb auch in meiner Abhandlung über eine Währungsunion als Krönung oder Initialzündung eines Einigungsprozesses Parallelen zu den deutschen Erfahrungen gezogen werden. Allen Beiträgen gemein ist die Erkenntnis, dass von der Europäischen Währungsunion nur in dem Maße ein Integrationsschub ausgehen wird, in welchem sie funktioniert bzw. Probleme für andere Wirtschaftsbereiche oder Politikfelder bereitet. Insofern sei hier der Hinweis erlaubt, dass G. Rübel in seinem Eingangsreferat zur Veränderung der industriellen Agglomeration in Europa durch die Einheitswährung besonders auch auf das im Vorfeld gern diskutierte Gefahrenpotenzial einer Währungsunion eingeht. U. Vollmer indes untersucht in seinem Beitrag zum Thema Einheitswährung versus Währungswettbewerb die bestmögliche Erfüllung der Integrationsaufgabe sowohl unter dem Gesichtspunkt der Integrationsmethode als auch der Integrationssequenz. Die Abhandlungen von Th. Apolte und R. Hasse haben ebenfalls Gesamteuropa im Blick. Sie widmen sich zum einen dem Einfluss der Europäischen Währungsunion auf den Prozess der ökonomischen Integration Europas. Zum anderen wird die wirtschafts- und währungspolitische Konvergenz in der EU als ausreichendes Mittel für eine (weitere) Vertiefung der Integration untersucht. Abschließend möchte ich auf die überaus interessanten und bisweilen sogar emotional geführten Diskussionen im Anschluss eines jeden Redebeitrages hinweisen, die in der hier vorliegenden schriftlichen Fassung leider nur erahnt werden können.

An dieser Stelle sei zuvorderst allen Referenten ganz herzlich gedankt, die mit ihren Ausarbeitungen den maßgeblichen Teil zum Entstehen des vorliegenden Bandes beigetragen haben. Mein besonderer Dank gebührt auch dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) für seine großzügige finanzielle Förderung dieser Veröffentlichung. Danken möchte ich auch meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter, Herrn Dipl.-Volksw. Soz.Wiss.R. Andreas Mikoleizik, für seine sorgfältige Arbeit bei der Erstellung dieses Werkes.

Inhaltsverzeichnis

Gerhard Rübel

Veränderung der industriellen Agglomeration in Europa
durch die Einheitswährung?..... 9

Uwe Vollmer

Einheitswährung versus Währungswettbewerb in
Integrationsprozessen?..... 29

Hans Jörg Thieme

Die Bedeutung der Währungsunion für den deutschen
Einigungsprozess aus ökonomischer Sicht..... 39

Horst Brezinski

Die Währungsunion und ihr Einfluss auf den deutschen
Einigungsprozess aus politikwissenschaftlicher und
soziologischer Sicht..... 59

Thomas Apolte

Der Einfluss der Europäischen Währungsunion auf den
Prozess der ökonomischen Integration Europas..... 73

Rolf H. Hasse

Währungs- und wirtschaftspolitische Konvergenz in der EU:
Ausreichende Mittel für eine Vertiefung der Integration?..... 89

Spiridon Paraskewopoulos

Währungsunion als Krönung oder Initialzündung eines
Einigungsprozesses?..... 107

Verfasser und Herausgeber..... 121

Veränderung der industriellen Agglomeration in Europa durch die Einheitswährung?

Von Gerhard Rübel

I. Einleitung

Mit dem Beschluss zur Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Anfang der 90er Jahre, begann eine intensive und kontrovers geführte Diskussion über die ökonomische Sinnhaftigkeit dieses Projekts. Dabei stand auch wieder die Theorie optimaler Währungsräume auf der Tagesordnung, eine Theorie, die auf einen Beitrag von Mundell aus dem Jahr 1961 zurückgeht (Mundell, 1961) und die bereits bei der Kontroverse um feste und flexible Wechselkurse in den 60er und 70er Jahren im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion stand. (Vgl. z. B. Matthes / Italianer, 1991; Menkhoff / Sell, 1992; Aschinger, 1993; Ohr, 1993; Welfens, 1994.) In nahezu vollkommener Übereinstimmung kommen alle Autoren zu dem Ergebnis, dass das Gebiet der heutigen Europäischen Union keinen optimalen Währungsraum darstellt und dass mit jedem neuen Mitglied die Erfüllung der hierfür erforderlichen Voraussetzungen weiter sinkt. Bei der grundsätzlichen Frage der ökonomischen Geeignetheit eines Währungszusammenschlusses stehen sich Vor- und Nachteile gegenüber.

II. Transaktionskostenargument

Gütertausch zwischen Ländern setzt in der Regel den Tausch von Währungen voraus, wobei sich das Tauschverhältnis in der Zeit ändern kann. Hierdurch entstehen Kosten des Geldumtauschs, der Informationsbeschaffung über die zukünftige Wechselkursentwicklung und von Kurssicherungsgeschäften. Bei einer einheitlichen Währung fallen diese Kosten weg. Weitere Vorteile werden durch eine Erhöhung der Handelsintensität innerhalb eines Währungsraums und durch die Vermeidung einer Fehlallokation von Kapital, die durch erratische Wechselkurschwankungen hervorgerufen werden könnte, erwartet (vgl. Ohr, 1993). Die Europäische Kommission beziffert die durch eine Europäische Währungsunion induzierte Kostenersparnis auf jährlich zwischen 13

und 19 Milliarden ECU, das entspricht etwa 0,5% des europäischen BIP (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1991). Die Verteilung auf die einzelnen EU-Länder ist jedoch sehr unterschiedlich. Kleine, offene Volkswirtschaften profitieren stärker als größere, weniger offene Länder. So werden für die Bundesrepublik Deutschland nur relativ geringe Vorteile von 0,1% des Bruttoinlandsprodukts erwartet, während etwa für Belgien 0,9% prognostiziert werden. Der weitaus größte Teil der erwarteten Ersparnis resultiert aus dem Wegfall von Geldwechsel- und Überweisungskosten, wovon vor allem private Wirtschaftssubjekte profitieren dürften.

Den zweifellos vorhandenen Vorteilen einer Währungsunion stehen - neben den enormen Umstellungskosten, die lange Zeit deutlich unterschätzt wurden - auch ökonomische Nachteile gegenüber. Hier gibt es zunächst die eher spekulativen Argumente wie die Befürchtung einer mangelnden Stabilitätsorientierung der Europäischen Notenbank oder einer fehlenden Akzeptanz der neuen Währung auf den Weltfinanzmärkten. Vor allem aber steht das Problem der Überwindung asymmetrischer Schocks im Mittelpunkt, da in einer Währungsunion der Wechselkurs als Ausgleichsinstrument wegfällt.

III. Stabilisierungsargument

Durch exogene Schocks, d. h. durch eine internationale Konjunkturübertragung, durch Weltmarktpreissteigerungen, durch internationale Nachfrageverschiebungen u. a. m. werden verschiedene Länder in unterschiedlicher Weise getroffen. Dies gilt auch für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Dadurch entsteht aber eine Anpassungsnotwendigkeit, für die prinzipiell verschiedene Instrumente zur Verfügung stehen. Eines dieser Instrumente ist, zumindest kurzfristig, der nominale Wechselkurs. Das wirtschaftlich schwächere Land müsste zur Verbesserung der Wettbewerbssituation seine Währung gegenüber dem wirtschaftlich stärkeren Land abwerten. Da neben dem Wegfall des nominalen Wechselkurses auch eine unterschiedliche Geldpolitik in einer Währungsunion nicht mehr möglich ist, verbleiben im Wesentlichen folgende Anpassungsmechanismen (vgl. z. B. Rübél, 1996; Siebert, 1996).

Güterpreisflexibilität: Ungleiche reale Entwicklungen erfordern eine Veränderung des realen Wechselkurses. Wenn der nominale Wechselkurs als Anpassungsinstrument nicht mehr zur Verfügung steht, ist eine Veränderung des realen Wechselkurses nur durch eine Veränderung der Relation der Güterpreisniveaus zwischen den beiden Ländern möglich. Da aber durch den gemeinsamen Markt die Handelsintensität innerhalb der Europäischen Union gestiegen ist, hat sich auch der Anteil handelbarer Güter an den BIPs der einzelnen Länder erhöht. Dies und die bessere Vergleichbarkeit der Güterpreise, die zu einer verstärkten Arbitragetätigkeit führt, schränkt die Flexibilität der Güterpreisrelation

zweier Länder innerhalb einer Währungsunion erheblich ein (vgl. Feldstein, 1991; Vaubel, 1993).

Fiskalpolitik: Eine divergierende Fiskalpolitik zum Ausgleich einer unterschiedlichen realen Entwicklung ist, neben dem generellen Zweifel an der Tauglichkeit dieses Instrumentes zur Konjunktursteuerung, auch aufgrund der vereinbarten Staatsschuldenplafondierung kaum mehr möglich.

Transferzahlungen: Ungleichgewichtssituationen sind durch einen umfassenden Finanzausgleich im Rahmen eines Systems interregionaler Transfers abzubauen. In der Währungsunion USA, die aber auch eine politische Union darstellt, wie sie es in Europa auf absehbare Zeit nicht geben wird, existiert ein solcher Finanzausgleich als Schockabsorber. Wenn das Einkommen in einem Bundesstaat um einen Dollar sinkt, wird es mit 0,35 bis 0,44 Dollar über fiskalpolitische Aktivitäten aufgestockt, zum größten Teil durch geringere Abführungsverpflichtungen, aber auch durch direkte Transferzahlungen der Bundesregierung (vgl. z. B. Berthold, 1993; Rhein, 1994). Ein solch umfassendes Finanzausgleichssystem in einer Währungsunion politisch selbständiger Staaten gefährdet jedoch aufgrund dann fehlender Anreize nicht nur die Anpassungsmöglichkeiten über die Märkte, es macht auch eine glaubhafte Gelddisziplin der Europäischen Notenbank erheblich schwieriger (vgl. Berthold, 1992; Ohr 1993). Außerdem ist von erheblichen Akzeptanzproblemen der Bevölkerung auszugehen.

Faktormarktflexibilität: Damit verbleibt zum Ausgleich einer ungleichgewichtigen Entwicklung nur eine verstärkte Flexibilität auf den Faktormärkten. Ist durch eine reale Ungleichgewichtssituation die Arbeitslosenquote in einem Land gestiegen, so könnte diese durch eine Abwanderung des Faktors Arbeit und / oder eine Zuwanderung von Kapital gesenkt werden. Der Faktor Arbeit ist jedoch in Europa deutlich weniger mobil als etwa in den USA. Ein Vergleich der regionalen Nettowanderungsbewegungen in 64 Regionen der EG mit den 50 Staaten der sprachlich und kulturell integrierten USA in den 80er Jahren zeigt, dass die innergemeinschaftliche Arbeitsmobilität nur etwa ein Drittel des US-Niveaus erreicht (vgl. Eichengreen, 1990). Unterschiedliche Sprachen, aber auch ein ausgeprägteres Nationalbewusstsein sind Gründe hierfür.

Die Mobilität des Produktionsfaktors Kapital ist zwar gegeben, seine Wanderung in wirtschaftlich schwächere Regionen setzt jedoch Anreize voraus. Da sich der Zins innerhalb einer Währungsunion zwischen den einzelnen Ländern nicht mehr unterscheidet, ist c. p. eine Lohndifferenzierung als Voraussetzung einer Wanderung des Faktors Kapital erforderlich. Dem Lohnbildungsprozess auf den nationalen Arbeitsmärkten wird also innerhalb einer Währungsunion eine erheblich gestiegene Bedeutung zur Bestimmung der makroökonomischen Rahmenbedingungen eines Landes zukommen, damit für seine Möglichkeit im Wettbewerb der Regionen um Arbeitsplätze bestehen zu können und somit